

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

N. 274.

Mittwoch, den 22. November 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Des Bußtages wegen wird die nächste Nummer des „Lübecker Volksbotes“ erst am Donnerstag Nachmittag ausgegeben.

Die Zuchthausvorlage ist gefallen!

Der Reichstag hat — so schreibt man uns aus dem Reichstage — in seiner Sitzung am Montag der Zuchthausvorlage ein Begrüßung, und zwar kein solches erster Klasse, bereitet! Die Aussicht auf einen erstklassigen Tag hatte zahlreiche Tribünenbesucher herangelockt; namentlich die Journalistentribüne war überfüllt; man bemerkte auch verschiedene Korrespondenten und auswärtiger Blätter. Auch am Besuche des hohen Hauses merkte man, daß „etwas Besonderes los“ war; obgleich viel daran fehlte, daß alle Reichsboten zur Stelle waren, mochten doch immerhin gegen 200—220 Volksvertreter anwesend sein.

Als erster Redner ergriff der nationalliberale Banquier Büsing das Wort, um die nationalliberalen Kaufmannsanträge zu begründen. Die Rede war eine echt und recht nationalliberale Leistung, reich an wern's und aber's, an einerseits und andererseits. Sie entbehrte nicht eines gewissen unfreiwilligen Humors: brachte der Herr aus Mecklenburg es doch fertig, seinen Antrag als geeignet zum Schutz der Schwachen zu empfehlen; die armen „Schwachen“, die geschützt werden müssen, das sind die nichtorganisierten Arbeiter, die bösen „Starken“, deren Uebermuth gewehrt werden muß, das sind die Organisierten! Sonst war viel in der Büsing'schen Leistung von individueller und bürgerlicher Freiheit und derartigen schönen Dingen die Rede.

Gleich nach dem nationalliberal-freihändlerischen kam der hochschützöllnerisch-freikonservative Scharswacher zum Worte. Pro forma begründete Herr v. Stumm seine Stellung zum Regierungsentwurf und zu dem nationalliberalen Abänderungsantrage, in den er einige verschärfende Bestimmungen (natürlich!) eingefügt wissen wollte. In der That aber benutzte Stumm die Gelegenheit, nachzuholen, was er wegen seiner Heiserkeit, wenn wir uns nicht irren, bei der ersten Verlesung hatte versäumen müssen: er hielt seine übliche Schimpf- und Schmährede gegen die Sozialdemokratie. Ueber den Inhalt brauchen wir weiter keine Worte zu verlieren; aber auch die Form stand tief unter den üblichen, freiherrlichen Leistungen — und das will viel, sehr viel sagen! Immerhin — dankbaren Agitationsstoff für die Sozialdemokratie bietet jede Stumm'sche Rede; es wäre also undankbar, mit dem Gebieter Saarabians zu hadern, weil er nicht so viel geboten, als man glaubte, von ihm erwarten zu dürfen. Selbstredend wurde Abg. Rösicke in Gesellschaft mit angepöbelt; dagegen fehlten die die Stumm'schen Reden sonst zierenden Begeisterungen des Prof. Wagner; augenscheinlich ist der Besitzer der „Post“ dem Prof. Wagner dankbar dafür, daß derselbe sich um die Ausfüllung der zahlreichen Bildungslücken des Chefredakteurs der „Post“ bemüht. Stumm selbst freilich scheint aus dem Kollegbesuch seines Overtintenkulis Rönabein — derselbe besucht die Wagner'sche Vorlesungen über den Sozialismus — noch keinen Nutzen gezogen zu haben; wenigstens war in seiner Rede nichts davon zu spüren.

Unmittelbar nach seiner Rede mußte Freiherr von Stumm den Schmerz erleben, daß sein Antrag auf Kommissionsberatung mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Konservativen, der Antisemiten und eines Theiles der Nationalliberalen abgelehnt wurde. Die Weiterberatung erfolgte also im Plenum.

Es erhob sich nun zunächst der Abg. Lieber zu seiner vom ganzen Hause mit Spannung erwarteten Erklärung. Im Namen der gesammten Zentrumsparthei erklärte er, nach wie vor an der Ablehnung der Vorlage ohne Kommissionsberatung festzuhalten, da eine Reizung, auf die Zentrumsvorschlüge betr. Ausdehnung des Koalitionsrechts einzugehen, weder im Hause, noch bei der Regierung vorhanden sei.

Damit war im Grunde das Schicksal des Tages entschieden. Vergebens sprang Posadowsky, der Reichsgraf des Inneren, in die Bresche, um das Geschick zu wenden oder doch zu retten, was zu retten war. Die halb väterlichen, halb herrischen Ermahnungen, die man

an den Reichstag und die bürgerlichen Parteien zu richten für gut befand, begegneten nur spöttischer Ablehnung; als der Staatssekretär sich zu der Verheißung verließ, daß an der Energie der Regierung die Sozialdemokratie zerschellen werde, da erscholl von links der höhnische Zuruf „Kanalarvorlage“ — die allgemeine Heiterkeit, in die das Haus ausbrach, bewies, wie geringe Wirkungen die Mischung von Hofpredigers- und Hofmeisterston erzielt hatte, in der vom Regierungstische aus gesprochen wurde. Das totale Fiasco Posadowsky's schien auf seine anwesenden Kollegen abschreckend zu wirken; Otel Chlodwig dürfte seine einmemorierte Rede vergessen haben; Bressel und Lieberding ruhten auf ihren Lorbeeren von der ersten Lesung aus und der „neue Mann“, der neugeborene Minister des Inneren v. Rheinbaben, hüllte sich in düsteres Schweigen. Der sächsische Bundesrathsbevollmächtigte Graf Hohenthal betrog die oppositionelle Presse um den Agitationsstoff, den er sonst so freigebig auszuthelen versteht.

Die meisten Redner, die noch zu Worte kamen, begnügten sich kurz und bündig den zumeist ablehnenden Standpunkt ihrer betreffenden Fraktionen darzulegen. In musterhafter Kürze erklärte Wolfgang Heine, daß die Sozialdemokratie diesem Gesetze und allen Anträgen zu demselben gegenüber nichts als runde und nette Ablehnung haben kann, daß sie auch ablehnen muß, Anträge zur Sicherung des Koalitionsrechts in diesem Zusammenhang zu beraten. Mollenbuhre machte auf das eigenthümliche Verfahren der Regierung aufmerksam, die, um den Arbeitern das Koalitionsrecht zu kürzen, halb mit dem „Kontraktbruch“, halb mit dem Streikterrorismus arbeitet, und sich bei dem Bestreben, dasselbe Verlangen verschieden zu begründen, in die erbaulichsten Widersprüche verwickelt. Die Abgg. Rösicke, der im Namen der freisinnigen Vereinigung sprach, und Bachem vom demokratischen Zentrumsflügel führten Herrn von Stumm in trefflicher Weise ab. Die Antisemiten fanden es nicht für nötig, eine Fraktionserklärung abzugeben; dagegen erklärte sich der Esslinger für Ablehnung und bewies Wasser- mann, daß wenigstens er und ein kleines Fährlein spezieller Anhänger die schmachliche Fahnenflucht der nationalliberalen Mehrzahl nicht mitgemacht hatten. Der Abg. Richter machte in etwas sein bisher sehr zurückhaltendes Benehmen gegenüber der Zucht- hausvorlage gut; das famose Witzwort, daß er dem Posadowsky entgegenschleuderte, der den Reichstag zu meistern sich erdreistet hatte: „Der Reichstag braucht keinen Oberhofmeister“, fand den verdienten Beifall. Als der Graf-Staatssekretär zum zweiten Male zu sprechen und dem Reichstage mit der höchsten Ungnade der Regierung zu drohen für gut befunden hatte, ergriff auch Eugen Richter noch einmal das Wort und ertheilte mit der lakonischen Bemerkung „Wir haben keine Landräthe unter uns“ die gebührende Antwort.

Sehr ungerathen würde es sein, die Leistung des Herrn von Löbell zu übergehen; der Herr will die Zeit, die ihm noch vor Kassirung seines angefochtenen Mandats bleibt, tüchtig ausnützen. Mit furchtbarer Lungenkraft schimpfte er auf die Sozialdemokratie los, mehr als einmal überschlug sich seine Stimme.

So kam denn allmählich die Abstimmung herbei. Zunächst ward abgestimmt über den Abänderungsantrag des Freiherrn v. Stumm zum Antrage Büsing. Er wurde gegen die Stimmen der beiden konservativen Parteien und einiger Antisemiten abgelehnt. Dasselbe Schicksal widerfuhr dem Antrage Büsing selbst, für den nur seine Unterzeichner sich begeisterten. Nicht besser ward der Regierungsvorlage mitgespielt; ihre einzelnen Paragraphen fielen mit großer Mehrheit; kleiner und immer kleiner ward die Minorität: für den § 8, den Zuchthausparaphen, welcher der Vorlage den Namen gegeben, erhoben sich nur noch einzelne Konservative.

Die Antisemiten waren augenscheinlich zu keiner Klärung über das Gesetz gelangt. Bei den Abstimmungen erhob sich abwechselnd der Abg. Lohse und der Abg. Liebermann von Sonnenberg; der Abg. Werner suchte es allen recht zu machen, indem er sich zur Hälfte erhob.

Ein heiterer Zwischenfall ereignete sich noch bei dem § 11 des Gesetzes. Unter dieser ominösen Ziffer befand sich die Bestimmung, daß mit dem neuen Gesetze der

§ 153 der Gewerbeordnung aufgehoben sei. In ihrem blinden Eifer, der Regierung zu apportiren, was sie verlangt, stimmten einzelne Konservative für diesen § 11. Das erregte auf der Linken um so größere Heiterkeit, als man dort nur deshalb nicht für den sonst unansehnlichen § 11 gestimmt hatte, weil man eine dritte Lesung des Gesetzentwurfs auf alle Fälle verhindern wollte. Die Heiterkeit des Hauses steckte auch den Präsidenten derart an, daß er unserem Genossen Mollenbuhre einen ihm zugeordneten Ordnungsruf erließ.

So endete die Zuchthausvorlage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbotes“.)

Berlin, den 20. November 1899.

105. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky, Bressel, Lieberding, v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die 2. Beratung des Entwurfs des Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses (Zuchthausgesetz).

§ 1 lautet: Wer unternimmt, durch körperlichen Zwang, Drohung, Ehrverletzung oder Verurtheilung Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zur Theilnahme an Vereinigungen oder Verabredungen, die eine Erwirkung auf Arbeits- oder Lohnverhältnisse bezwecken, zu bestimmen oder von der Theilnahme an solchen Vereinigungen oder Verabredungen abzuhalten, wird mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist auf Geldstrafe bis zu 1000 M. zu erkennen.

Büsing, Möller, Sattler und 21 andere Nationalliberale beantragen an Stelle dieses Paragraphen zu setzen:

Art. I.

Inländische Vereine jeder Art dürfen miteinander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.

Art. II.

Die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung sollen etwa folgende Fassung erhalten:

§ 152.

Alle Strafbestimmungen werden aufgehoben gegen Gewerbetreibende, Arbeiter u. s. w. wegen Vereinigungen, die eine Aenderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bezwecken, insbesondere durch Streik oder Arbeiterentlassung.

§ 153.

Wer durch körperlichen Zwang, Drohung, Ehrverletzung, Verurtheilung oder rechtswidrige Wegnahme, Beschädigung von Arbeitsgeräth, Kleidungsstücken u.

1) Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zur Theilnahme an Vereinen der im § 152 bezeichneten Art bestimmt oder von der Theilnahme an solchen Verabredungen abhält,

2) zur Förderung einer Ausperrung Arbeitgeber zur Entlassung von Arbeitern bestimmt, oder an der Heranziehung und Einstellung solcher hindert,

3) Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit bestimmt oder zu bestimmen versucht, oder an der Annahme oder Aufführung von Arbeit hindert,

4) Personen, welche nicht dauernd an einem Streik oder einer Ausperrung theilgenommen haben, deswegen aus der Arbeit herauszudrängen oder zu schädigen sucht,

wird mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft, oder bei mildernden Umständen mit Geldstrafe bis 300 M.

Eine Verurtheilung oder Drohung liegt nicht vor, wenn der Thäter eine Handlung vornimmt, zu der er berechtigt ist; insbesondere, wenn er besagter Weise Arbeit ablehnt, beendet oder kündigt.

Der Drohung wird es gleich geachtet, wenn Jemand in ungehöriger und belästigender Weise Arbeitgebern oder Arbeitnehmern auf den Straßen, Wohnungen, Arbeitsstätten, Bahnhöfe u. c. bewacht oder besetzt hält. Straffrei ist das Warten an diesen Orten lediglich zu dem Zwecke, Auskunft zu geben oder einzuziehen.

Für den Fall der Annahme des Antrages Büsing beantragt Freiherr v. Stumm, die Strafe von 3 Monaten auf 1 Jahr, von 300 M. auf 1000 M. zu erhöhen, und einzufügen (zwischen Absatz 2 und 3): Ist die Handlung gewohnheitsmäßig begangen, so tritt Gefängniß nicht unter 3 Monaten ein, und am Schluß hinzuzufügen: Zur Befolgung bedarf es keines Antrages.

Der Abg. Büsing führt aus, daß ein Theil seiner Freunde es nicht für richtig halte, sich rein ablehnend gegenüber der wichtigen Frage eines besseren Schutzes des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu verhalten. Es sei nie ein Geheimniß gewesen, daß die nationalliberale Partei in dieser Frage nicht einig sei; aber die Partei sei stark genug, diese Meinungsverschiedenheit zu ertragen. (Bravo! bei den Nationalliberalen, Saaten bei den Sozialdemokraten.) Sein Standpunkt, aus der Regierungsvorlage den berechtigten Kern herauszuschälen, sei zweifellos wenig dankbar (Saaten links), aber er entpuppe den Anschauungen weiter Kreise (Saaten bei den Sozialdemokraten.) Weite Kreise hätten allerdings den Vorwurf erhoben, daß die Vorlage einseitig nur die Unternehmer-Interessen beobachte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er (Redner) halte diesen Vorwurf für unberechtigt, wie er überhaupt die Regierung gegenüber der Vorlage nicht verstehen könne. Er hebe der Frage vollkommen objektiv gegenüber und sei der Meinung, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht verkümmert werden dürfe. Beide Theile, Arbeiter und Unternehmer, müssen gleichberechtigt be-

Ferbinand Johann Menges; auf Blatt 168 bei der Firma: „Sal. L. Cohn“. Prokurist: Eduard Ephraim Joel; auf Blatt 1761 bei der Firma: „Bernh. Amter“. Die Firma ist erloschen.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Am Dinstag bleibt das Theater bekanntlich geschlossen. Für Donnerstag steht ein interessantes Gastspiel bevor: das der jugendlich-dramatischen Sängerin vom Stadttheater in Hamburg Frau Fleischel-Edel. Zur Aufführung kommt „Lohengrin“ und wird die Gastin in dieser Wagner'schen Oper die Elsa singen. Der Dame geht ein guter, künstlerischer Ruf voraus. Lohengrin singt Herr Dr. Banasch. — Der Freitag bringt die zweite Wiederholung des ausgezeichneten Böllner'schen Musikdramas: „Die versunkene Glocke.“

Gniffau. Ein braver Landbote ist unser Pastor Dittmer. In der letzten Sitzung lief er, der wie das Banter „Volkstbl.“ schreibt, im Stande wäre, wegen des Badestrandes von Scharbeutz eine kleine Revolution anzufangen, als der Abg. Schütz zum dritten Male das Wort wünschte, zum Präsidenten und rief: „Herr Präsident, der Herr Abg. Schütz hat schon zweimal gesprochen!“ Eine Zurechtweisung war die Belohnung dieser — Manneſthat.

Hamburg. Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Lederarbeiter Jitterbom zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt. Er hatte zwecks Erlangung eines Auslandspasses in der Trunkenheit einen von Beleidigungen Wilhelms II. strotzenden Brief an das Polizeipräsidium zu Berlin geschrieben.

Hamburg. Untergang der „Patria.“ Aus London wird vom Sonntag telegraphirt: Nach einer bei Blohds eingegangenen Depesche aus Dover vom heutigen Tage ist der Dampfer „Patria“ jetzt zwischen Walmer und Deal gesunken; er brennt noch vorn, hinter der Brücke ist kein Rauch bemerkbar. Das Deck wird bei niedrigem Wasserstande theilweise trocken. Das Schiff ist ein vollständiges Wrack und anscheinend gänzlich ausgebrannt. Sobald es möglich ist, werden sich Inspektoren an Bord begeben, um die etwaigen

Bergungsaussichten festzustellen. Es sind Vorkehrungen getroffen, das Schiff zu lichten.

Neumünster. Bei den Stadtverordnetenwahlen unterlagen die sozialdemokratischen Kandidaten mit 150—153 gegen die bürgerlichen, auf welche 380 bis 401 Stimmen entfielen. Das Resultat ist ein befriedigendes, da ein Genius von 1200 Mark maßgebend ist. — Bei der Vertreterwahl der Ortskrankenkasse wurden die Kandidaten des Gewerkschaftskartells gewählt.

Kiel. Wegen Urkundenfälschung im Amte wurde der Gerichtsvollzieher Gubener zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt. Er hatte zwei Boote als gepfändert protokolliert, während er in Wirklichkeit dem Bootführer die Steuer zum Aufleben gegeben hatte, was dieser natürlich hübsch bleiben ließ.

Oldenburger Landtag.

A. K. Am Freitag fand eine recht lebhafte und andauernde Verhandlung statt über den Bericht des Verwaltungsausschusses über Vorlage 10, die den Rabattzwang der Apotheker den Armen gegenüber aufhebt. Der Ausschuß beantragte die Annahme der Vorlage. Es ward beschlossen, die diesen Gegenstand betreffende Petition des Verbandes der Ortskrankenkassen, betreffend Errichtung von Krankenkassen-Apotheken, zugleich zu behandeln. — Nach dem Referenten kam Genosse Paul Hug zum Wort. Er unterstützte diesen Antrag, obgleich ihm die Petition nicht weit genug gehe. Er sei dafür, daß das Privilegium, das unpopulärste unter den bestehenden Privilegien, der Apotheker aufgehoben würde und nicht bloß den Krankenkassen, sondern auch den Gemeinden das Recht gegeben würde, Apotheken zu errichten. Die Begründung des Gesetzentwurfes, der mit dieser Petition in gewisser Verbindung stehe, fordere die Kritik heraus. Nebenher ward da vom Präsidenten unterbrochen, der die Petition und den Gesetzentwurf wegen Aufhebung des Rabattzwanges der Apotheker getrennt behandelt wissen wollte. Auf eine Anfrage beim Landtage war dieser jedoch mit der Verbindung der Angelegenheiten einverstanden. (1) Redner fuhr dann fort und sagte: Wenn im Entwurf gesagt wird, daß Privilegium müsse im Interesse fortbestehen, so meine er, daß gerade im Interesse des Publikums das Privilegium aufgehoben werden müsse. Wenn dort ferner gesagt werde, daß die materielle

Sage der Apotheker in erster Linie durch die Konkurrenz der Drogeriehandlungen verschlechtert worden sei, so sei dem entgegen zu halten, daß die Apotheker heute auch durch die Entwicklung der chemischen Industrie die Medicamente fertig kaufen oder die Rohprodukte weit billiger wie früher beziehen. Wenn die Apotheker beim Inkrafttreten des Krankentassengesetzes billig mit diesen Verfahren wären und bei den Handverkaufskartellen nicht ihre erorbitant hohe Lage angewendet hätten, würden die Krankentassen den Apothekern nicht so feindlich gegenüberstehen. Nebenher wünschte, daß die Regierung sich mit dem Verlangen der Petenten befreunde und auch die Errichtung von Gemeindeapotheken gestatte. Das mindeste aber, was in der Apothekerfrage geschehen könne, sei, den Apothekern die Pflicht aufzulegen, den Krankenkassen einen entsprechenden Rabatt zu gewähren. — Regierungskommissar Scheer trat den Ausführungen entgegen, indem er hauptsächlich auf die von Reich angeordnete Regelung dieser Frage sich berief und die Nothlage der kleinen Apotheken schilderte. Herr Dittmer-Gniffau wiederholte einige Sätze des Regierungsmannes. Nach ihm trat ein Vertreter Birkenfelds auf, der den bei uns in Deutschland wohlbekanntesten Namen von Hammerstein führt, um sich im Kampfe gegen den „Umsturz“ täglich zu blamiren. (Wir empfehlen diesen Passus der Beachtung der Leser der „Abg. Anz.“) Er denunzirte zunächst den Genossen Hug. Derselbe habe seine Ausführungen von einem wohlausgearbeiteten Konzept abgelesen. v. S. h. hauptete, Hug halte mit seinen unaussprechbaren Vorschlägen die Arbeiten des Landtages auf. Die Petition habe die Behandlung, die ihr im Ausschuß zu Theil geworden, nicht verdient, denn sie enthalte schwere Anschuldigungen gegen die Apotheker. Er halte das Privilegium der Apotheker für ein sehr nützliches im Gegensatz zum Abg. Hug, der es das unpopulärste nenne und als schädlich bezeichne. Es sei geschaffen fürs Gemeinwohl, damit die Apothekerwaren gut, und in zweiter Linie erst billig gemacht werden. Dem braven Donquixote ward eine derbe offizielle Küge zuthel, denn Präsident Groß erklärte: Der Abgeordnete v. Hammerstein hat gegen den Abg. Hug den Vorwurf erhoben, er habe seine Rede abgelesen. Ich bemerke, daß weder der Schriftführer, Herr Abg. Hoffmann, noch ich etwas davon bemerkt haben. Herr v. Hammerstein war während der Rede des Abg. Hug auch Schriftführer, daher es gesehen, so war es seine Pflicht, mich darauf aufmerksam zu machen. Natürlich ließ auch Genosse Hug es an der gebührenden Antwort nicht fehlen und bereitete als praktisch durch und durch erfahrener und mit allen Einzelheiten vertrauter Politiker dem Hammerstein eine wirkliche „Abfuhr.“ Der Ausschlußantrag ward angenommen. — Unjere Leser ersehen, daß der Hocht in Karpsenteiche gung munter und erfolgreich wirtschaftet.

Der Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber in jedem Falle keine Verantwortung.

Am 20. d. M. starb nach langem schweren Leiden mein lieber Mann und meiner Kinder guter Vater, der Arbeiter **Johann Harms** im vollendeten 70. Lebensjahre.

Dieses zeigen an die Hinterbliebenen. **Magdalene Harms Wwe.** nebst Kinder. Die Beerdigung findet am Donnerstag Morgen 11 Uhr vom Trauerhause, Gr. Bogelssing 7, aus statt.

Für die mir vom Beirathgeber-Comitee überwiesene Unterstützung meinen herzlichsten Dank. **J. B.**

Unserer guten Mutter und Schwiegermutter **D. E.** in der Hundestraße 20 die herzlichsten Glückwünsche. Möge dieser Tag noch recht häufig wiederkehren. **E. A. M. F.**

Logis für einen jungen Mann zu vermieten Friedenstraße 63, 1. Et.

Ein freundl. Logis Weberstraße 30.

Ein freundliches Logis Schmiedestraße 25, 2. Et.

Ein freundlich möblirtes Zimmer mit separatem Eingang zu vermieten Margarethenstraße 15 a.

Sei zu 1. April 1900 3000 Mk. zweites Pfandgeld nach 4000 Mk. Brandkasse 10395 Mk. Gef. Offerten unter **P 6** an die Exped. d. Bl.

Sofort ein tücht. Westenschneider bei dauernder Beschäftigung. **Th. Petersen, Hügelstraße 115.**

Gesucht anständig gekleidete Leute als **Abonnentensammler** bei hohem Verdienst. Näheres in der Exped. d. Bl.

Ein kleines Haus oder Saugbude zu kaufen oder mieten gesucht. Angebote unter **G 65** an die Exped. d. Bl.

Ein guterhaltener Kuppenwagen zu kaufen gesucht. Angebote unter **F Z** an die Exped. d. Bl.

2 neue Sophas mit und ohne Stühle, farb. Fleischhauerstraße 66.

Eine Zugbank mit 2 Wehern billig zu verkaufen. Näheres Salomstraße 17, 1. Et.

Ein gutgearbeitetes Sopha billig zu verkaufen. Fildergänge 56, 2. Et.

Ein gute schwarze Hose und e. Bettdecke fast billig zu verkaufen. Devenau 25, 1. Et.

Zu verkaufen 1 Winterüberzieher, 1 woll. Weste mit Aermeln und verschiedene woll. Unterwäsche. Schwantener Allee 33, part.

Ein fast neuer modern. Regenmantel billig zu verkaufen. Augustenstraße 14 a.

Ein guterhaltener Schjhrant billig zu verkaufen. Kopenhagener Allee 23 c, 1. Et.

Geschäfts-Eröffnung.
Einem geehrten Publikum zur gefl. Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage — **Fackenburger Allee 53** — eine **Fahrrad-Reparatur-Anstalt, Schlosserei und mechanische Werkstätte** eröffnet habe. Bitte das geehrte Publikum, bei vorkommenden Arbeiten mich möglichst berücksichtigen zu wollen. Sämmtliche Arbeiten werden auf's Sauberste und Billigste ausgeführt. Hochachtungsvoll **H. Benthien, Lübed, Fackenburger Allee 53.**

Einladung zum **Stiftungsfest des Athletenclub Atlas** verbunden mit **Concert, Vorstellung und Ball am Sonntag den 26. November 1899** im Locale des Herrn Frhm, „Concordia-Garten“. Kassenöffnung 4 Uhr. Anfang des Concerts 4 1/2 Uhr. Vorstellung präcise 8 Uhr. **Herrenkarte 60 Pfg., Damen frei. Das Comité.**

P. Holtz, Masseur Holstenstraße 6, 2. Etg. empfiehlt sich den Krankenkassen.

Wein und Spirituosen in vorzüglicher Qualität — auch im Kleinverkauf — empfiehlt **Heinr. Cords J.P.H. Grube Nachf.** 35 Engelwisch 35.

Pa. Brotwurst, Pa. Grützwurst, Pa. Kopffleisch, Pa. Leberwurst, sowie **jämmtliche anderen Würstsorten** in bester Qualität empfiehlt **Carl Hamann,** Breitestraße 22 vis-à-vis ehemaligem Hotel „Lübeder Hof“.

Ein noch guterhaltener Kinderwagen ist für 6 Mark zu verkaufen. Langer Lohberg 62.

Bestenfalls 98er und 99er weiße **Stoliner-Hähne** und **Hennen**, sow. weiße **Rachthälfe.** Zu beziehen bei **J. H. C. Wittfoth,** Neugstraße 24, Hinterhaus.

Ein guter Ziehhund preiswerth zu verkaufen. **J. Köhler, Stöckelsdorf.**

Ferkel und Zünger zu verkaufen. Forckstraße 24.

Verloren ein Portemonnaie u. Zub. von Leefe, Lederstraße, bis Büttcherstraße. Abgegeben gegen Bel. in der Exped. d. Bl.

Franz Schaper Dornstraße 21.

Dem verehrl. Publikum zeige ergebenst an, daß ich neben meiner **Obst- und Gemüsehandlung** von heute ab auch einen Handel mit **Colonialwaaren** angelegt habe. Es wird mein Bestreben sein, nur gute Waare preiswerth zu liefern. Zudem ich mich bei Bedarf bestens empfohlen halte, zeichne ergebenst **Fr. Schaper, Dornstraße 21.**

Sanssouci 5 Pfg. Ausschuss-Zigarre! **Vorzüglich! Preiswerth!** 100 Stk. Mk. 4,75. Kisten à 500 Stk. Mk. 23. Auswärts frei!

Wilh. John, Schüsselbuden 5 Zum Weihnachtsfeste empfehle mein — **photographisches Atelier.** — **H. Heber, Klängenberg.** Am Dinstag ist mein Geschäft den ganzen Tag geöffnet.

leuten empfehle mein großes Lager gutgearbeiteter **Wohnungs- u. Einrichtungs- zu billigen Preisen.** **Folckers' Möbel-Magazin** — 25 Mariesgrube 25. —

Händlern, Friseurern gebe Cigarren in Commission bei gutem Verdienst. **Rechnungen sub H. C. an die Exp. d. Bl.**

Empfehle: **Rathenower Brillen und Pincenez, Operngläser, Lesegläser, Mikroskope, Lupen, Barometer, Thermometer, ärztliche Thermometer, electriche und mechanische Apparate, Reizzeuge, Glasspritzen etc. Anfertigung physikalischer Lehrmittel, Anlagen von Handtelegraphen, Telephonen und electricher Momentbeleuchtung.** Hochachtungsvoll **Georg Kloth, Optiker u. Mechaniker 12 Glockengießerstr. 12.**

Achtung! Central-Verband der Maurer. Des Dinstages halber findet die **Mitglieder-Versammlung** am **Donnerstag den 23. d. Mts.** Abends 8 1/2 Uhr im **Vereinshaus, Johannisstr. 50.** statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen. **Die örtliche Verwaltung.**

Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübed. **Tanz-Kränzchen** am **Sonntag den 26. November** im **Vereinshaus, Johannisstr. 50.** Anfang 6 Uhr. Damen frei. Ende 2 Uhr. **Der Vorstand.**

Circus Variété **Mittwoch keine Vorstellung.** **Donnerstag: Grosse Parade-Vorstellung.**

Stadt-Theater. **Mittwoch: Geschlossen.** **Donnerstag: Gastsp. Fr. Fleischer-Edel. Lohengrin.**

Bewusstlosiger Redakteur: Otto Friedrich. — Bewusstlosig für die Rubrik „Lübed und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Rasch. — Redakteur: Theob. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübed.

